

Reformprozess ins Ungewisse

Viel Rhetorik, wenig Substanz

Sunanda Deshapriya

Der Reformdiskurs in Sri Lanka erwies sich bei zwei jüngeren Gelegenheiten als politisch machbar. Zum einen bei der Niederlage des Rajapaksa-Regimes bei den Präsidentschaftswahlen im Januar 2015, zum anderen bei der Bildung einer Koalitionsregierung durch die beiden großen politischen Parteien. Das Zusammengehen der Freiheitspartei (*Sri Lanka Freedom Party*) und der Vereinten Nationalen Partei (*United National Party*) wurde als historische Chance begriffen. Der Großteil der Reformagenda harrt jedoch der Erfüllung, während Streit in der Regierung zu einem alltäglichen Vorgang geworden ist. Stramme Parteigänger sticheln regelmäßig gegeneinander. Haben Reformen unter diesen Umständen überhaupt eine Chance? Im Folgenden ein Resümee, das den Koalitionsvertrag, also keinen externen Maßstab, zur Bewertung heranzieht.

Den Koalitionsvertrag über gute Regierungsführung (*yahapalanaya*) unterzeichneten beide Parteien im August 2015 auf zwei Jahre; mehr aus Einsicht denn aus Überzeugung. Ein wichtiges Element stellte die wirtschaftliche Entwicklung auf Basis einer staatlich gestützten, sozialen Marktwirtschaft dar. Eine Million Arbeitsplätze sollten durch qualitative Entwicklung entstehen, ergänzt durch ein Programm für Handwerksbetriebe und sozialen Wohnungsbau.¹ Die Regierung erhöhte 2015 die Gehälter der staatlichen Bediensteten merklich, die Abwertung der Rupie, Preisanstiege und eine schwerfällige

Wirtschaft ließen jedoch das Leben der Menschen schwieriger werden. Die Regierung versäumte es, die Infrastruktur und Dienstleistungen zu verbessern, die den Alltag der meisten Leute bestimmen: öffentlicher Verkehr, Freizeiteinrichtungen, Gesundheitsversorgung, Bildung. Der Koalitionsvertrag hatte Verbesserungen bei Bildung und Gesundheit ausdrücklich vorgesehen.

Rechtstaatliche Reformvorhaben

Das zweite Kapitel des Koalitionsvertrags sah die Wiederherstellung der

Freiheitsrechte und des Rechtsstaats, die Stärkung der Demokratie und Gleichberechtigung vor. Mehrere unabhängige Untersuchungskommissionen sollten eingerichtet, eine neue Verfassung ausgearbeitet und Menschenrechte wieder in Kraft gesetzt werden. Allein die Einrichtung der Kommissionen wurde zu Beginn als Schritt zur Stärkung der Demokratie erachtet. Inzwischen stellt sich heraus, dass die Mehrzahl keinen Biss hat. Die Kommission zur Überprüfung der Polizei hat keine einzige Maßnahme zustande gebracht, die missbräuchliche Gewaltanwendung bis hin zur Folter durch Polizeioffiziere einzudämmen. Die einzige Kommission, die einen merkbaren Beitrag lieferte, war die Menschenrechtskommission (*Human Rights Commission of Sri Lanka*). Bezeichnenderweise hat die Regierung sie in die Ausarbeitung der Menschenrechtsgesetzgebung nicht einbezogen. „Damit die Menschenrechtskommission erfolgreich in Sachen Politik- und



Manifestation in Kilinochi am 03. Mai 2017, die Einhaltung menschenrechtlicher Standards ist für das GSP+ Abkommen zwingend

Bild: Sri Lanka Brief



Sri Lankas Schatten: Tausende werden vermisst und sind vorsätzlich zum Verschwinden gebracht worden. Demonstration am 19. Mai 2017

Bild: Sri Lanka Brief

Gesetzesreform arbeiten kann, muss die Regierung die Grundlagen schaffen. Sie hat jedoch keinen ihrer Entwürfe mit uns besprochen, trotz mehrfacher Aufforderung. Die Regierung müsste für sich klären, welche Rolle sie uns einräumen will“, beschwerte sich kürzlich das Kommissionsmitglied Ambika Satkunanathan öffentlich.²

Im Dezember 2015 stellte die Regierung zwei Gesetzesprojekte vor, eine Änderung des Strafprozessrechts (*Code of Criminal Procedure (Amendment)*) und des Strafrechts (*Penal Code (Amendment)*). Damit sollten Hasspropaganda und Aufstachelung zu kommunaler Gewalt und zum Unfrieden unter Strafe gestellt werden. Menschenrechtler/-innen kritisierten beide Gesetzesprojekte heftig, so dass die Regierung die Projekte nicht weiter verfolgte. Hasspropaganda und

Gewalt gegen Minderheiten sind bis heute nicht strafbewehrt. Präsident Sirisena hatte versprochen, innerhalb der ersten 100 Tage das drakonische Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus (*Prevention of Terrorism Act; PTA*) abzuschaffen. Seine Präsidentschaft dauert inzwischen über 800 Tage, und PTA ist immer noch in Kraft. Die Alternative, der Entwurf eines Anti-Terrorismus-Gesetzes (*Counter Terrorism Act*), fiel bei den Menschenrechtsverteidiger(inne)n durch. „Würde der jetzige Entwurf in Kraft treten, wären die Folgen für alle Sri Lanker noch gravierender als beim PTA“, bilanzierte die Menschenrechtsanwältin Kishali Pinto Jayawardene.³

Ein wichtiges Reformprojekt stellte die Ausarbeitung einer neuen, modernen und demokratischen Verfassung dar. Das mit der Recherche beauftragte Komitee (*Public Representations Committee on Constitutional Reform*) übergab der Regierung ihren Abschlussbericht im Mai 2016.⁴ Danach zirkulierten mehrere Entwurfsvorlagen im Parlament, ohne dass ein gemeinsamer Vorschlag entstand. Poli-

tischschwergewichtige Ministergaben widersprechende Stellungnahmen vor allem zum Thema politische Dezentralisierung und föderalen Staatsaufbau ab. Es ist daher mehr als unwahrscheinlich, dass in den verbleibenden zwei Monaten des Koalitionsvertrags ein gemeinsamer Vorschlag zustande kommt.

Erneuerung des zivilen Lebens

Das dritte Kapitel des Koalitionsvertrages befasste sich mit der Korruptionsbekämpfung. Eine Untersuchungskommission sollte mehrere Aufgaben ausführen: Gesetze zur Rechnungslegung (*National Audit Act*) und zum Informationszugang (*Right to Information Act*), Reform der gesetzlichen Regularien zur Finanzkriminalität, zu Geldwäsche, Betrug, Steuerrückzahlung und entsprechenden Verfahrensrechten. Das Auskunftsrecht ist in Kraft getreten, gilt als eines der weltweit besten und wird auch in Anspruch genommen. Der Entwurf für das Audit-Gesetz wurde nach und nach entkernt, und selbst die weichgespülte Fassung ist nicht

